

Gemeinsame Erklärung
des Politbüros des Zentralkomitees der SED
und des Ministerrates der DDR
zur Aufnahme der DDR in die UNO

Das Politbüro des Zentralkomitees der SED und der Ministerrat der DDR begrüßen die am 18. September 1973 erfolgte Aufnahme der Deutschen Demokratischen Republik in die Organisation der Vereinten Nationen.

Die Aufnahme der DDR in die UNO ist ein Erfolg der koordinierten Außenpolitik der sozialistischen Staatengemeinschaft, die darauf gerichtet ist, das vom XXIV. Parteitag der KPdSU beschlossene Friedensprogramm zu verwirklichen. Sie ist zugleich ein Ergebnis der zielstrebigem Verwirklichung der Beschlüsse des VIII. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands auf außenpolitischem Gebiet und Ausdruck des Fleißes, der Schöpferkraft, der großen Initiative von Millionen Werktätigen, des ganzen von der Partei der Arbeiterklasse geführten Volkes der DDR.

Das Politbüro des Zentralkomitees der SED und der Ministerrat der DDR danken der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Bruderstaaten für die große Unterstützung, die sie der DDR bei der Erlangung der Mitgliedschaft in der UNO ständig zuteil werden ließen. Dieser Dank gilt auch den Staaten Asiens, Afrikas, Lateinamerikas und allen, die sich seit Jahren für die gleichberechtigte Mitarbeit der DDR in der UNO eingesetzt haben.

Das Politbüro des Zentralkomitees der SED und der Ministerrat der DDR werten die Aufnahme der DDR in diese, dem Frieden und der Förderung der gleichberechtigten Zusammenarbeit verpflichteten Weltorganisation als einen Schritt von historischer Bedeutung.

Die Mitgliedschaft der DDR in der UNO widerspiegelt erneut die internationalen Positionen der DDR als unabhängiger und souveräner sozialistischer Staat, die unwiderruflich und weltweit anerkannt sind.

Mit der Deutschen Demokratischen Republik wurden auch die Bundesrepublik Deutschland und die Bahamas in die UNO aufgenommen. Die DDR begrüßt dieses Ereignis. Die Aufnahme der DDR und der BRD als zwei voneinander unabhängige souveräne Staaten in die UNO widerspiegelt die bestehenden politischen, territorialen und völkerrechtlichen Realitäten, die